



Ausschuß für Innere Verwaltung

56. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

23. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.40 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

2 Aktuelle Viertelstunde

- a) Schreiben der Sozialministerin Merk aus Niedersachsen betreffend
Fuat Akpınar (beantragt von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom
16.09.1999)

1

- Bericht des Innenministers

- b) Interview des WDR mit Herrn Körsürembas in der Türkei (telefo-
nische Bitte der CDU-Fraktion vom gestrigen Tage um einen Bericht)

2

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums

- Kurze Diskussion

*) öffentlicher Teil TOP 1 s. APr 12/1356

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlage 12/2854

Zuschriften 12/3140, 12/3187 und 12/3232

3

Keine Diskussion.

4 Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze (Landesgleichstellungsgesetz - LGG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3959

Zuschriften: 12/3114 (Neudruck), 12/3167, 12/3176, 12/3180, 12/3182,
12/3183, 12/3184, 12/3185, 12/3194, 12/3195, 12/3197,
12/3200, 12/3203 und 12/3205

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

4

Der Ausschuß vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung auf
den 21. Oktober.

5 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4076

- Festlegung des Beratungsverfahrens und erster Beratungsdurchgang

5

Der Ausschuß erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden einverstanden, eine Abstimmung über die zu der vom mitberatenden Sportausschuß vorgeschlagenen Anhörung einzuladenden Sachverständigen und die Fragen sowie den Termin in Anwesenheit der Obleute aller beteiligten Ausschüsse am Rande des nächsten Plenums am Mittwoch der kommenden Woche durchzuführen.

**6 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes im Lande Nordrhein-Westfalen
(Archivgesetz Nordrhein-Westfalen - ArchivG NW) vom 16. Mai 1989
(GV. NW. S. 302/SGV. NW. 221)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4274

Vorlagen 12/2709 und 12/2844

6

Der Ausschuß verständigt sich einstimmig darauf, den Punkt in der nächsten Sitzung zusammen mit einer von der CDU-Fraktion bis dahin vorbereiteten Entschließung abermals zu behandeln.

7 Konsequente Vorbeugung und Verfolgung von Korruption

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/3694 und 12/3948

Vorlagen 12/2649 und 12/2811

6

- Kurze Diskussion

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

8 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Zweiten Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung

Vorlage 12/2905

7

Der Ausschuß nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

9 Wirksamkeit von Polizeischutzwesten auch bei regennasser Witterung

7

- Bericht des Inspektors der Polizei

10 Ultimate Fighting

Vorlage 12/2861

9

Keine Diskussion.

11 Beförderung des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Manfred Such 9

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Kontroverse Diskussion

12 Verschiedenes

**hier: Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung
in Nordrhein-Westfalen**

12

(Siehe Diskussionsteil)

4 Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze (Landesgleichstellungsgesetz - LGG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3959

Zuschriften: 12/3114 (Neudruck), 12/3167, 12/3176, 12/3180, 12/3182, 12/3183, 12/3184, 12/3185, 12/3194, 12/3195, 12/3197, 12/3200, 12/3203 und 12/3205

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Hans Krings (SPD) regt an, die abschließende Beratung und Abstimmung wegen noch laufender Gespräche zwischen dem Kommunalpolitischen Ausschuß und den Kommunalen Spitzenverbänden um die Rolle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf den 21. Oktober zu vertagen.

Heinz Paus (CDU) schließt sich diesem Wunsch wegen des bestehenden und im Rahmen der Anhörung sichtbar gewordenen Klärungsbedarfs zu einigen Aspekten an. Insbesondere fehle es wohl an der notwendigen Abstimmung zwischen Justiz- und Frauenministerium. In dieser Form halte seine Fraktion den Gesetzentwurf jedenfalls nicht für abstimmungsfähig.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) verweist auf die Erklärung von Ministerin Fischer im Ausschuß für Frauenpolitik, nach der dem Vorwurf einer mangelnden Koordination zwischen den beiden Häusern die Grundlage fehle: Es handele sich um einen Entwurf der Landesregierung. Die unterschiedlichen Sichtweisen der Ressorts rührten aus deren unterschiedlichen Interessen. Den Fraktionen bleibe es unbenommen, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen. Ihre Fraktion jedenfalls wolle sich auf die Seite der Frauen schlagen.

Der **Ausschuß** vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung auf den 21. Oktober.